

Protokoll 178. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 13. Dezember 2017, 14.00 Uhr bis 16.28 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Dr. Peter Küng (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|----------------------------|--|----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2017/313 | Weisung vom 13.09.2017:
Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2018–2021 | FV |
| 3. | 2017/311 | Weisung vom 13.09.2017:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und
Produktengruppen-Globalbudget) | FV |
| 9. | 2017/429 A | Postulat von Raphaël Tschanz (FDP) und Michael Baumer
(FDP) vom 29.11.2017:
Detaillierte Erfassung der Druckkosten auf Stufe Organisations-
einheit | FV |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Max Kunz (BGB)

Der Ratspräsident gibt den Hinschied von Alt-Gemeinderatspräsident Max Kunz (BGB) bekannt und verliest einen Nachruf auf den Verstorbenen.

Der Gemeinderat erhebt sich für eine Schweigeminute.

Der Ratspräsident drückt sein Beileid aus.

3579. 2017/435

Motion der Grüne-Fraktion vom 06.12.2017:

Kostenfreie Veloabstellplätze in der Umgebung des Bahnhofs Stadelhofen

Markus Knauss (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 20. Dezember 2017 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

3580. 2017/313

Weisung vom 13.09.2017:

Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2018–2021

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 wird zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Walter Angst (AL)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 3581/2017–3588/2017)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3581. 2017/446**Erklärung der SP-Fraktion vom 13.12.2017:
Budget 2018 und AFP 2018–2021**

Namens der SP-Fraktion verliest Florian Utz (SP) folgende Fraktionserklärung:

Ein Budget für die Bevölkerung

Bezahlbare Wohnungen, sichere Velorouten, leistungsfähige Spitäler: Was für die Bevölkerung wichtig ist, ist auch für die SP wichtig.

Der Stadtrat hat ein gutes Budget vorgelegt. Zwar weist es ein Defizit von 41 Mio. Franken aus, doch zeigt die Erfahrung, dass die Rechnungen regelmässig besser abschneiden als die Budgets – in den Jahren 2014, 2015 und 2016 um jeweils über 100 Mio. Franken. Dasselbe gilt in noch stärkerem Ausmass für den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) – so wurde im Jahr 2016 ein ursprünglich im AFP vorgesehenes Defizit von 487 Mio. effektiv zu einem einen Überschuss von 288 Mio. Franken. Komfortabel ist auch die Situation beim Eigenkapital: Die Stadt Zürich verfügt dank den Haushaltsüberschüssen der letzten Jahre über ein Eigenkapital von nunmehr rund 1 Milliarde Franken. Das alles zeigt: Die Stadt Zürich steht finanziell sehr gut da.

Das starke Eigenkapital, das solide Budget 2018 und die erfreulichen Aussichten kommen nicht von ungefähr. Sie sind massgeblich das Ergebnis von guter Politik. Der Stadtrat geht mit den Steuergeldern effizient um, und er hat Zürich zu einer offenen und attraktiven Stadt gemacht, in der die Menschen gerne wohnen und arbeiten. Diese erfolgreiche Politik führt der Stadtrat auch mit dem Budget 2018 fort, mit gezielten Investitionen in Zürichs Zukunft.

Neben dem Stadtrat haben auch die städtischen Angestellten einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass Zürich so erfolgreich ist. So richtig Sparmassnahmen in finanziell schwierigeren Zeiten waren, so richtig ist es auch, dem Personal – etwa den Ärzten, den Polizistinnen oder den Feuerwehrleuten – etwas zurückzugeben, wenn der finanzielle Spielraum da ist. Die SP lehnt deshalb den bürgerlichen Kürzungsantrag beim Lohn für die städtischen Angestellten klar ab. Ebenso klar lehnt die SP den rechten Antrag auf Streichung von 350 Stellen ab. Sinnvoll sind punktuelle Stellenreduktionen bei Stabsstellen und umgekehrt punktuelle Stellenschaffung etwa bei den Sozialarbeitenden, damit mehr Menschen von der Fürsorgeabhängigkeit befreit werden können. Nicht in Frage kommt für die SP hingegen ein Kahlschlag, der nicht ohne Leistungskürzungen zulasten der Bevölkerung umsetzbar ist.

Überhaupt muss jetzt die Bevölkerung am Zug sein. Die Zürcherinnen und Zürcher haben unsere Stadt zu dem gemacht, was sie heute ist. Doch nicht immer ist Zürichs Erfolg bei der ganzen Bevölkerung in gleichem Masse angekommen. Manche Zürcherinnen und Zürcher mussten sogar ihre eigene Stadt verlassen, weil sie hier keine bezahlbare Wohnung mehr gefunden haben. Für die SP ist klar: Das darf nicht sein. Vom Erfolg unserer Stadt müssen alle Zürcherinnen und Zürcher etwas haben.

Die SP wird sich deshalb beim Budget 2018 für drei Anliegen besonders engagieren: Für bezahlbare Wohnungen, für sichere Velorouten und für leistungsfähige Spitäler.

- Das Wohnen in unserer Stadt muss wieder bezahlbar werden. Die meisten Zürcherinnen und Zürcher leiden nicht primär unter der Steuerrechnung, sondern vielmehr unter steigenden Mieten. Deshalb haben bezahlbare Wohnungen für die SP eine höhere Priorität als eine Steuersenkung. Dementsprechend fordert die SP die Aufstockung der Mittel für den gemeinnützigen Wohnbau, damit der Volkentscheid für mehr bezahlbare Wohnungen umgesetzt werden kann.
- Auch der Mangel an sicheren Velorouten beschäftigt die Zürcherinnen und Zürcher. Der Erfolg der Velorouten-Initiative zeigt in aller Klarheit: Die Menschen erwarten von der Politik, dass endlich etwas geht. Die SP fordert deshalb im Budget 2018 die Planung von neuen Velorouten unter anderem an der Bellerivestrasse und an der Rämistrasse.
- Wichtig für die Bevölkerung ist auch eine gute Gesundheitsversorgung – die Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Die SP schlägt deshalb vor, dass das Stadtspital Triemli und das Stadtspital Waid der Stadt Zürich nur noch so hohe Zinsen bezahlen müssen, wie sie die Stadt Zürich derzeit auf dem Anleihenmarkt selber bezahlt. Durch die Senkung der Zinslast sowie durch die von Stadträtin Claudia Nielsen eingeleiteten Massnahmen können die Stadtspitäler Triemli und Waid wieder auf eine ausgeglichene Rechnung kommen. Leider bieten die rechten Parteien hier keine Hand zu einer Lösung. Offensichtlich wollen sie die Finanzlage der Stadtspitäler lieber medial bewirtschaften als entschärfen, um damit dem erklärten Ziel eines Teilverkaufs der Stadtspitäler an die südafrikanische Hirslanden-Gruppe näher zu kommen.

Die Menschen in unserer Stadt erwarten von der Politik keine taktischen Machtspiele, sondern konstruktive Lösungen für bezahlbare Wohnungen, für sichere Velorouten und für leistungsfähige Spitäler. Die Bevölkerung kann sich darauf verlassen, dass die SP auf ihrer Seite steht.

3582. 2017/447**Erklärung der SVP-Fraktion vom 13.12.2017:
AFP 2018–2021**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Bartholdi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Ein mürber Leuchtturm von Zürich: Die städtischen Finanzen in einer Sackgasse

Nach dem Willen des Stadtrates sollte die Finanzpolitik sinnbildlich einen Leuchtturm in der Stadt Zürich darstellen und in die entfernte Gegend einen hellen Schein abgeben. Wer den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2018 – 2021 studiert, findet jedoch keinen Leuchtturm, sondern den Baraddür (dunkler Turm) der Festung Saurons in Modor.

Die Stadt Zürich baut den Turm zu Babel und erhöht diesen gemäss AFP jedes Jahr auf babylonische Art und Weise. Das Fundament des Turmes bilden jeweils die Einnahmen. «Die Stadt Zürich baut - gut und günstig» behauptet zumindest das Hochbaudepartment. Bei den Steuern plant der Stadtrat jedoch mit neuen rekordhohen Einnahmen, was natürlich alles andere als günstig ist. Fallen diese Einnahmen nicht auf Rekordhöhe aus, wird das Fundament des Turmes empfindlich geschwächt. Der Turm wird aber jedes Jahr höher gebaut. Ein stetig höher werdender Personalaufwand und massiv ansteigende Sachaufwände von 4'452 Millionen Franken (Rechnung 2016) auf 4'818 Millionen Franken (P 2021), was einem Anstieg von fast 370 Millionen innerhalb von fünf Jahren gleichkommt! Diese anschwellenden Ausgaben drücken auf den Turm und das Bauwerk neigt sich unter der Last wie der Turm von Pisa.

Gemäss Planung des Stadtrates werden nahezu die gesamten Steuereinnahmen der Jahresrechnung für den immensen Personalaufwand benötigt. In Zahlen heisst dies, dass 2021 3,02 Milliarden Franken Steuereinnahmen 2,98 Milliarden Franken Personalaufwand gegenüberstehen werden. In der Rechnung 2016 waren die Steuereinnahmen noch über 200 Millionen Franken höher als der Personalaufwand. Sogar geplante Rekordsteuereinnahmen können diese Entwicklung nicht verhindern. Die Prognose des Stadtrates für die Jahre 2019 bis 2021, jeweils ein sattes Defizit in dreistelliger Millionensumme. Insgesamt 367,9 Millionen Franken Defizit werden erwartet. Die Qualität des Turmes ist mit diesen roten Zahlen ungenügend, ja gar mürbe. Dazu kommen äussere Einflüsse wie etwa die Unternehmenssteuerreform oder Massnahmen des Kantons, welche Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Stadt haben können und werden. Höchst besorgniserregend ist die Struktur des Turmes. Nicht nur das Fundament steht auf sandigem Untergrund, sondern die ganze Turmhöhe wird mit immer mehr Fremdkapital finanziert. In der Rechnung 2016 war das Fremdkapital noch bei 8,5 Milliarden Franken, aber bereits im Jahr 2020 soll die 10 Milliarden-Grenze überschritten werden. 2021 wird das Fremdkapital bereits über 11 Milliarden betragen. Dafür schrumpft das Eigenkapital von 1'018 Millionen (Rechnung 2016) auf 581 Millionen Franken (P 2021). Das Eigenkapital schmilzt wie «Butter an der Sonne».

Das Fazit des AFP und der finanziellen Situation der Stadt Zürich ist folgendermassen: Erwartungen von Rekordeinnahmen bei den Steuern, überdimensioniertes Wachstum bei Personal- und Sachaufwand, ab 2019 jedes Jahr Defizite in dreistelliger Millionenhöhe sowie stetig steigendes Fremdkapital und schrumpfendes Eigenkapital. In einem börsenkotierten Unternehmen würde eine solche Prognose den Aktienkurs abstürzen lassen und der CFO müsste den Hut nehmen.

Aus Sicht der SVP ist eine solche finanzielle Perspektive inakzeptabel und ist umgehend zu korrigieren. Der Turm von Zürich muss dringend wieder auf ein solides Fundament gebracht und das Wachstum der Ausgaben auf ein vernünftiges Mass reduziert werden. Nur so kann Zürich aktionsfähig bleiben und zukunftsorientiert weiterentwickelt werden. Die SVP nimmt den AFP 2018 – 2021 deshalb dezidiert ablehnend zur Kenntnis.

3583. 2017/448**Erklärung der SVP-Fraktion vom 13.12.2017:
Budget 2018**

Namens der SVP-Fraktion verliest Stefan Urech (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Auf rote Politik folgen tiefrote Zahlen!

Der Stadtrat legt erneut ein Budgetdefizit von Minus 41,3 Mio. sFr., mit rekordhohen Steuereinnahmen, wachsenden Ausgaben und steigendem Schuldenberg vor. Damit wären dann 8 der 10 letzten Jahresrechnungen mit Defiziten belastet. Die SVP-Fraktion lehnt das verantwortungslose Budget dezidiert ab und verlangt eine Budgetsanierung.

Die SVP fordert einen nachhaltigen Schuldenabbau, eine Steuerfussreduzierung auf 117% und hat dazu die zielführenden Sparanträge gestellt. Über 160 von den insgesamt rund 245 Anträgen wurden von der SVP

erarbeitet. Kosmetische Symbolanträge anderer Parteien, in homöopathischen Dosen verabreicht und ohne jegliche Wirkung auf eine Finanzhaushaltssanierung, werden von der SVP nicht mitgetragen.

Obwohl der Stadtrat für die nächste Legislatur mit jährlich steigenden rekordhohen Steuereinnahmen rechnet, ist dieser nicht gewillt, einen Schuldenabbau zu planen. Es ist im Gegenteil eine weitere Auftürmung um 200 Millionen Franken des bereits milliardenhohen Schuldenbergs geplant. Das eingeplante Minus bewertet der Stadtrat paradoxerweise als «zufriedenstellend».

Amtsvorsteher und ihre Kaderleute sollten eigentlich wissen, wie dank Effizienzsteigerung gespart werden könnte. Stattdessen gelangen sie aber stets mit neuen Begehrlichkeiten an ihre vorgesetzten Stadträte. Aus ideologischer Überzeugung, auf Grund mangelnder Führungskompetenz oder schlicht aus Angst, auf den ersten Blick unpopuläre Massnahmen durchzusetzen, lassen die Stadträte ihre Amtsvorsteher gewähren oder spornen diese noch zusätzlich an. Die insbesondere im Bildungs-, Kultur-, Gesundheits-, Sozial- und Asylbereich endlos wachsenden Ausgaben können mit den Steuereinnahmen nicht mehr gedeckt werden. Der Finanzmarkt lockt mit Null-Prozent-Krediten und verführt den rotgrünen Stadtrat dazu, zusätzliche Anleihen in der Höhe von 800 Millionen Franken zu beantragen. Hochriskant, bei steigenden Zinsen winkt dem Stadtzürcher Schatzmeister ein drohendes Unheil, welches dann die Steuerzahlenden zu tragen haben werden.

Der Gemeinderat hat gemäss Gemeindeordnung die Oberaufsicht über die Finanzen der Stadt. Als politisches Kontrollorgan könnte dieser einen bändigenden Einfluss auf die Exekutive ausüben. Doch in Zürich nimmt er diese Rolle nicht wahr, im Gegenteil. Im Wettkampf darum, wer in dieser Stadt als die linkste Partei gelten darf, überschlagen sich SP, AL und die Grünen Woche für Woche mit neuen kostentreibenden Forderungen und schaffen immer mehr städtische Aufgabenbereiche zur Befriedigung von Partikularinteressen. In der Rechnungsprüfungskommission beschwören rotgrüne Mitglieder jeweils die SVP-Vertreter: «Bitte dieses Jahr nicht wieder so viele Sparanträge!»

Bedauerlicherweise ist vorauszusehen, dass eine grosse Mehrheit der Kürzungsanträge der SVP während den nächsten Tagen in dieser Budgetdebatte niedergeschmettert werden. Sanierende Sparforderungen von der anderen politischen Seite gibt es leider nicht. Happige Brocken, wie die permanent steigenden Personalkosten der städtischen Verwaltung, werden umgangen oder teilweise gar noch aufgestockt. Lediglich bei der Sicherheit, einer Kernaufgabe des Staates, sehen die Linken Sparmöglichkeiten. Ein Paradox, ein steigendes Gefahrenpotential des radikalisierten Islamismus und einer unkontrollierten, masslosen Zuwanderung erfordert zusätzliche Sicherheitsaufgaben mit erhöhter Präsenz.

Der Wettbewerb um die linkste Position in Zürich führt zur Vernachlässigung der gemeinderätlichen Aufsichtspflicht und zum sorglosen Ausbau immer neuer städtischer Angebote. Deshalb ist dem Gemeinderat ein grosser Teil der Verantwortung für die Schuldenwirtschaft der Stadt Zürich zuzuschreiben. Die Signale des Stadtrats, dass für jede Art von Anspruchsgruppen gesorgt werden soll, sowie die von der Zuwanderung zunehmend überforderte städtische Infrastruktur, sind weitere Gründe, weshalb die Stadt Zürich keine Schulden abbaut, sondern immer weitere anhäuft.

Die SVP distanziert sich von dieser verantwortungslosen Finanzpolitik und wird das Budget 2018 entschieden ablehnen. Die SVP fordert ein ausgeglichenes Budget und einen langfristigen nachhaltigen Schuldenabbau. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!

3584. 2017/449

Erklärung der FDP-Fraktion vom 13.12.2017: Budget 2018 und AFP 2018–2021

Namens der FDP-Fraktion verliest Michael Baumer (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Rot-grüner Stadtrat verpasst Chance, Impulse für die Zukunft der Stadt zu setzen

Mit einem budgetierten Defizit von 43.3 Millionen Franken verpasst es der Stadtrat, die nötigen Impulse für die Zukunft der Stadt zu setzen, und verschlät die Chance, das Potential Zürichs zu nutzen. Für die FDP zeigt sich damit der fehlende Gestaltungswille des Stadtrats.

Mit 100 Millionen mehr Steuereinnahmen und 111.9 Millionen mehr Entgelte als im Budget 2017 sind selbst nach Abzug des höheren Ressourcenausgleichs und der Lohnmassnahmen markante Mehreinnahmen budgetiert. Dass der Stadtrat angesichts solcher Einnahmen ein Defizit in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr vorlegt, grenzt an Arbeitsverweigerung. Es hätte im Gegenteil ein klarer Überschuss vorgelegt werden müssen. Mit seiner Weigerung, in guten Zeiten die Grundlagen für eine nachhaltige Finanzierung zu legen, verpasst der Stadtrat die Chance, Impulse für die Zukunft der Stadt zu setzen.

Damit die Stadt auch in Zukunft ein attraktiver Standort und Lebensmittelpunkt sein kann, muss die Finanzplanung drei Ziele verfolgen: 1. müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlastet, 2. die Steuern für Unternehmen mit der Steuervorlage 17 konkurrenzfähig gestaltet und 3. die Infrastrukturen für eine wachsende Stadt finanziert werden.

Die Steuereinnahmen steigen stark und stetig. Vor 10 Jahren wurde der Steuerfuss das letzte Mal gesenkt. Verglichen mit den Steuereinnahmen 2007 sind die Steuern in der Zwischenzeit von 2'367 Millionen um 603 Millionen auf 2'970 Millionen im Budget 2018 gestiegen. Das sind 25% mehr – trotz Finanzkrise. In der selben Zeit ist die Bevölkerung nur um 12% gewachsen. Der Finanzvorsteher nannte das budgetierte Defizit von mehr als 40 Millionen «im Streubereich». Die FDP will anders als der Stadtrat den Streubereich aber für die Stadt und ihre Bevölkerung nutzen, statt für ein Defizit. Eine Steuerfussenkung von 2% oder umgerechnet rund 40 Millionen liegt innerhalb dieses Streubereichs und ist ein gut verantwortbares Zeichen für die steuerliche Attraktivität der Stadt. Tiefere Steuern nützen direkt dem Mittelstand und sind daher das erste Ziel.

Der Wirtschaftsstandort Zürich, von dem Hunderttausende Arbeitsplätze abhängen, ist auf ein attraktives Umfeld angewiesen. Für die FDP ist die Steuervorlage 17 dabei zentral. Die FDP begrüsst, dass hier ein, wenn auch schmerzlicher Kompromiss, gefunden wurde. Mit der moderaten Forderung von nur 2% Steuerfussenkung geben wir dem Stadtrat den Handlungsspielraum für die Umsetzung des Kompromisses und damit für das zweite Ziel: Die zukunftsfähige Unternehmensbesteuerung.

Die Stadt wächst weiter. Die Infrastruktur kommt an ihre Grenzen. Schulraum und Verkehrsinfrastruktur genügen schon heute nicht mehr. Neue Infrastrukturen bedeuten aber auch neue laufende Kosten. Um die zusätzlichen Ausgaben zu decken, sind Ausgabenenkungen in anderen Bereichen zwingend. Das dritte Ziel ist daher, Investitionen in effiziente Infrastrukturen zu tätigen, statt neue Bedürfnisse und damit neue Ausgaben zu kreieren.

Die FDP ist enttäuscht über den offensichtlichen Unwillen des Stadtrats, die Grundlagen für die Zukunft zu legen. Die FDP fordert ein ausgeglichenes Budget, das eine Steuersenkung beinhaltet und die Basis legt für die Steuervorlage 17 und die Finanzierung der Infrastruktur für das wachsende Zürich der Zukunft.

Die FDP lehnt den Vorschlag des Stadtrats mit einem Defizit ab. Während der Stadtrat das Potential der Stadt verschläft, setzt sich die FDP dafür ein, dass Zürich auch für die nächste Generation weiterhin die attraktivste Stadt zum Leben und Arbeiten ist.

3585. 2017/450

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 13.12.2017: Budget 2018 und AFP 2018–2021

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Keine Steuersenkungen, mehr Geld fürs Personal!

Schon seit mehreren Jahren sind die Finanzen der Stadt stabil. Die Panikmache vergangener Jahre hat sich als völlig übertrieben herausgestellt, und Gefahr droht der Stadt vor allem durch die verantwortungslose Finanz- und Steuerpolitik von Kanton und Bund auf Kosten der Gemeinden. Für die Grünen ist wesentlich, dass die Stadt ihre finanziellen Prioritäten richtig setzt: Personal, Wohnen und Nachhaltigkeit sind für uns in diesem Budget wichtige Schwerpunkte, im Einklang mit der Mehrheit der Bevölkerung.

Eine rote Null – das sieht der Budget-Entwurf des Stadtrats vor. Bei gleichbleibend hohen Steuererträgen schafft es der Stadtrat, die Ausgaben so zu steuern, dass das stetige Wachstum der Bevölkerung bewältigt werden kann und dennoch Schulden abgebaut werden können. Die Investitionen sind hoch und am richtigen Ort: Ein wesentlicher Anteil der Gelder wird für städtische Wohnsiedlungen, Schulhäuser, Alterszentren oder in erneuerbare Energien investiert. Diese Ausgaben decken sich auch mit unseren Prioritäten: In einer wachsenden Stadt braucht es mehr bezahlbare Wohnungen, mehr Schulraum, eine gute Infrastruktur für die älteren Menschen und eine nachhaltige Energieversorgung.

Ein Schwerpunkt für uns Grüne ist das städtische Personal. Nachdem die Lohnmassnahmen im letzten Jahr von bürgerlicher Seite mit fadenscheinigen Argumenten praktisch gestrichen wurden, ist für uns klar, dass nach dem Rekordergebnis von 288 Mio. Franken im Vorjahr nun die vom Stadtrat vorgeschlagen 1.5 % für Lohnmassnahmen im Budget einzustellen sind. Dank dem motivierten und kompetenten Personal haben wir in Zürich gute Schulen, einen bestens funktionierenden öV, hervorragende Versorgung in den Spitälern (was zur Zeit leider etwas aus dem Fokus geraten ist), kurz, das Personal ist Garant für all die Standortqualitäten, die bei Festreden gerne betont werden. Das muss einmal gesagt sein, und das darf auch mit einer bescheidenen finanziellen Zulage honoriert werden. Leistung muss sich wieder lohnen! Wir sehen zudem keinen Anlass, beim Personal Stellen zu kürzen, wie das in verschiedenen Anträgen gefordert wird. Das Stellenwachstum beschränkt sich auf das Gesundheits- und das Schuldepartement und ist dem Bevölkerungswachstum geschuldet, alle anderen Departemente erfüllen ihre Aufgaben mit praktisch dem gleichen Personalbestand.

Die Tatsache, dass die Stadt in den letzten zwei Jahren und auch in diesem Jahr ihre Schulden um substantielle Beträge reduzieren konnte, zeigt, dass die Panikmache auf bürgerlicher Seite absolut falsch und unnötig ist. Zürich ist finanziell auf einem guten Weg, den es fortzusetzen gilt. Die Steuersenkungsgelüste der bürgerlichen Parteien haben mehr mit Wahlkampfgetöse zu tun, als mit einer vorausschauenden Steu-

erpolitik.

Denn nach wie vor sind die zukünftigen Aussichten wolkig. Die finanziellen Auswirkungen der Steuerreform 17 sind noch nicht abschätzbar. Das Wachstum wird auch in den nächsten Jahren anhalten und muss finanziert werden. Unklar ist, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln werden, doch dank bester Infrastruktur, beispielsweise beim öffentlichen Verkehr, bei Kultur oder Bildung ist davon auszugehen, dass Zürich weiterhin ein attraktiver Standort bleiben wird.

Wir sagen JA zum Budget 2018, wir sagen Danke dem städtischen Personal für die geleistete Arbeit und wir sagen Nein Danke zu einer Senkung des Steuerfusses.

3586. 2017/451

Erklärung der GLP-Fraktion vom 13.12.2017: Budget 2018 und AFP 2018–2021

Namens der GLP-Fraktion verliest Shaibal Roy (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Zeit für eine Trendwende

Die Stadt Zürich budgetiert für 2018 einen Aufwandüberschuss von 43,4 Millionen Franken und bezeichnet dies als ein zufriedenstellendes Resultat. Wir schütteln ungläubig den Kopf. Solange mit einem Defizit im laufenden sowie noch weiter zunehmenden Fehlbeträgen in den weiteren Planjahren des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) gerechnet wird, können die Grünliberalen eine solch geschönte Einschätzung unmöglich teilen. Erst wenn die Stadt Zürich es schafft, dieses strukturelle Defizit in eine schwarze Null zu drehen, werden die Grünliberalen dies als zufriedenstellend bezeichnen können. Bis dahin werden wir alles daran setzen, einen Wandel des strukturellen Defizits herbeizuführen.

Es ist blauäugig vom Stadtrat, sich über Jahre auf bessere Rechnungsabschlüsse abzustützen, die lediglich von Sondereffekten getragen wurden. Am Beispiel der Flughafenaktie, welche dieses Jahr mit einem Höhenflug einen voraussichtlich rekordhohen Beitrag an den Rechnungsabschluss leisten wird, sieht man, wie fragil dieses vermeintliche Luftschloss ist, auf das die Stadtregierung vorbehaltlos vertraut. Denn es verbirgt sich dahinter ein immenses Kurskorrekturrisiko, das die Rechnung 2018 tief ins Defizit reissen könnte.

Die Stadt Zürich kann von weiterhin munter auf Rekordniveau sprudelnden Steuererträgen mit einem überproportionalen Plus von über 100 Millionen Franken profitieren, was sich auch in einem um 47,3 Millionen Franken höheren Ressourcenausgleichsbeitrag an den Kanton widerspiegelt. Natürlich zieht eine prosperierende Stadt auch einen erhöhten Bedarf bei den Investitionen und ein unvermeidliches Wachstum in den Sach- und Personalkosten nach sich. Diesem Wachstum müssen jedoch Effizienzgewinne vor allem auch in der engeren Verwaltung entgegenstehen. Eine solche Tendenz zeigt sich aber zu wenig, weshalb die Grünliberalen mit eigenen Anträgen und der Unterstützung weiterer Anträge eine Trendwende einläuten wollen.

Auch wenn den Dienstabteilungen durchaus in ihrer Budgetierung zugute gehalten werden kann, dass Reserveposten weitgehend reduziert wurden, mussten wir mit wenigen Tabellenanträgen sowie gezielten einzelnen Anträgen nachhelfen. Auch dieses Jahr hat die glp ihre zentrale Rolle als Mittepartei in der Vorbereitung der Budgetdebatte wahrgenommen und mit allen Parteien gleichermaßen intensive Gespräche geführt. Ziel war es, bereits vorgängig Einigungen in gewichtigen Themen und Mehrheiten für zentrale Anträge zu schaffen. Als Noch-Nicht-Stadratspartei erfüllt die glp diese tragende Rolle seit Jahren und erweist sich als verlässlicher und konstruktiver Partner für das breite Parteienspektrum im Städtzürcher Parlament. Selbstverständlich werden wir dies auch nach dem Einzug in den Stadtrat bleiben....

Der Blick auf den aktuellen Aufgaben- und Finanzplan (AFP) der Jahre 2018 bis 2021 offenbart keine rosigen Aussichten. Dieser rechnet weiterhin mit steigenden Steuereinnahmen, berücksichtigt jedoch in keiner Weise die bereits absehbaren Einnahmehausfälle. Die Steuervorlage 17 wird die Rechnungsabschlüsse der Stadt Zürich mit ihrem hohen Anteil an juristischen Personen substanziell belasten und die bereits rot prognostizierten Planjahre tiefrot färben. Das neue Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) kann je nach Entscheid des Gemeinderats bzgl. Neubewertung des Verwaltungsvermögens per 1. Januar 2019 ebenfalls einen Einfluss sowohl auf das Eigenkapital wie auch die Abschreibungen und somit auf die laufende Rechnung haben. Das Eigenkapital ist primär dank vergangenen Sondereffekten auf knapp 1 Milliarde Franken angewachsen. Diesen Kapitalpuffer gilt es nun mittels vorbeugenden Massnahmen unbedingt zu schützen und nicht wie vom Stadtrat gebilligt, mit blindem Vertrauen auf ausgeglichene Rechnungsergebnisse dahinschmelzen lassen. Es mangelt immer noch an ausgeprägtem Kostenbewusstsein sowie strukturellen Massnahmen zur Ergebnisverbesserung. Mit 17/0 – und es ist Zeit sich dies in Erinnerung zu rufen – hat man sich andere Ziele gesetzt!

Die Grünliberalen helfen auch in diesem Budget wieder nach: Unter anderem fordern wir eine Reduktion der Personalkosten in den zentralen Verwaltungen und Stabsstellen über alle Departemente mit geeigneten Massnahmen wie beispielsweise Anpassungen von Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien stehen wir zudem ein für eine massvolle Anpassung der Lohnmassnahmen auf ein bei Budget- und Plandefiziten angezeigtes Niveau. Die Grünliberalen sind überrascht, wie der Stadtrat

bei einem budgetierten Defizit von über 40 Millionen gleichzeitig eine Ausschüttung von über 20 Millionen als angebracht erachten kann.

Der Stadtrat hat das Steuer immer noch nicht an sich gerissen und lässt sich von bisher milden Wogen einlullen. Dies wird jedoch in stürmischeren Zeiten nicht genügen, um das Schiff auf Kurs zu halten. Dieser sorglose Umgang des Stadtrats mit den Finanzen bestärkt die Grünliberalen, dass ihre tragende Finanzpolitik im Parlament in der nächsten Legislatur mit einem grünliberalen Kapitän im Stadtrat verstärkt werden muss. Wir freuen uns auf die Herausforderungen!

3587. 2017/452

Erklärung der AL-Fraktion vom 13.12.2017: Budget 2018 und AFP 2018–2021

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Wir fordern den Stadtrat auf, in der Finanzplanung andere Akzente zu setzen

Die Finanzkraft der Stadt Zürich ist gross. Das zeigt der Rekordbetrag von 467 Millionen Franken, den die Stadt Zürich im kommenden Jahr in den kantonalen Ressourcenausgleich einzahlen wird. Das sind mehr als 15 Prozent des gesamten Steuerertrags. Vor vier Jahren waren es noch 200 Millionen weniger.

Die Finanzkraft der Stadt Zürich ist Produkt der rasanten Veränderung der sozioökonomischen Zusammensetzung der Stadtbevölkerung. Die Statistiker sagen uns, dass das Wachstum die Stadt Zürich gebildeter und einkommensstärker gemacht hat. Die jüngste Auswertung der Steuerdaten bestätigt diese Feststellung. Zwischen 2002 und 2014 ist der Anteil der Steuerpflichtigen mit einem moderaten steuerbaren Einkommen von 20'000 bis 60'000 Franken trotz Wachstum zurückgegangen. Dafür ist die Gruppe mit einem steuerbaren Einkommen zwischen 60'000 und 150'000 Franken stark gewachsen.

Zürichs Anspruch, eine Stadt für alle zu sein, wird immer weniger eingelöst. Dank ihrer Finanzkraft hätte die Stadt die Mittel, dem entgegenzuwirken:

- Mit anderen Akzenten in der Wohn- und Sozialpolitik könnte der Stadtrat dafür sorgen, dass die Verdrängung einkommensschwächerer Haushalte gebremst wird.
- Mit gezielten Investitionen in die Bildung könnte zudem erreicht werden, dass der wirtschaftliche Erfolg der Stadt Zürich wirklich allen zugutekommt.

Doch davon spüren wir wenig.

Die AL vermisst einen Aktionsplan zum Erhalt von preisgünstigem Wohnraum. Die städtische Liegenschaftsverwaltung kündigt sogar an, künftig mehr Siedlungen als bisher abreißen und neu bauen zu wollen. Wir verstehen im Übrigen auch nicht, warum der Fokus der Quartierkoordination nicht viel stärker auf Siedlungen ausgerichtet wird, in denen Menschen von Verdrängung bedroht sind. Gar kein Verständnis haben wir dafür, dass das Sozialdepartement Familien, die zwar in prekären Verhältnissen leben aber keine Sozialhilfe beziehen, bei der Wohnungssuche keine Hilfe anbietet.

Wir verstehen nicht, warum der Stadtrat in der Finanzplanung nicht viel stärker als heute auf die Bildung fokussiert. Bis 2021 sollen die Ausgaben des Schul- und Sportdepartements zwar um 12 Prozent steigen. Angesichts rasant wachsender Kinderzahlen und den viel zu lange vernachlässigten Investitionen in Schul- und Sportbauten ist aber schlicht nicht erkennbar, wie mit den bereitgestellten Mitteln Angebot und Qualität von Schule, Betreuung, musikalischer Förderung und Sportstätten mit der steigenden Nachfrage Schritt halten kann. Ohne neue Akzente in der Finanzpolitik wird der geplante Aufbau von Tagesschulen ganz sicher nicht gelingen können.

Wir fordern den Stadtrat auf, über die Bücher zu gehen. Die Finanzen sind zwar im Lot. Ein "weiter so!" ist aber keine Perspektive.

3588. 2017/453

Erklärung der CVP-Fraktion vom 13.12.2017: Budget 2018 und AFP 2018–2021

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2018 der Stadt Zürich – Chancen verpasst

Die Fraktion der CVP nimmt das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2018, das ein Defizit von rund CHF 43 Mio vorsieht, zur Kenntnis. Wir anerkennen, dass der Stadtrat Anstrengungen unternommen hat, den Haushalt

unserer attraktiven Stadt insbesondere im Zusammenhang mit den Herausforderungen des Bevölkerungswachstums und der Attraktivitätserhaltung im Gleichgewicht zu halten.

Die CVP-Fraktion stellt fest, dass diverse Departemente und Dienstabteilungen ihre budgetbezogenen Hausaufgaben gemacht haben. Es gibt aber auch andere – bei denen sind nun Kürzungsanträge die Folge. Weiter vermissen wir im Sinne einer laufenden Überprüfung der Ausgaben eine Prioritätensetzung, die aus unserer Sicht zwingend durch den Stadtrat vorgenommen werden muss.

Weiter rächt sich nun, dass die in den letzten Jahren grösstenteils durch Sondereffekte erzielten positiven Rechnungsabschlüsse nicht zur deutlicheren Reservebildung genutzt wurden. Hinzu kommt, dass mit Blick auf den AFP die mittelfristigen Prognosen zwar nicht mehr derart tief rot sind, aber trotzdem zu weiterem Handeln zwingen. Dabei gilt es auch zu beachten, dass die konkreten Auswirkungen sowohl der Steuervorlage 2017 des Bundes wie auch die Leistungsüberprüfung 2016 des Kantons in den Details noch unbekannt sind. Der Handlungsbedarf bleibt aus Sicht der CVP-Fraktion weiterhin bestehen.

Dennoch sieht die CVP-Fraktion mit Blick auf den guten Abschluss der Rechnung 2016 in Verbindung mit den beantragten Kürzungen im vorliegenden Budget und den nach wie vor rekordhohen Steuereinnahmen die Chance, den Steuerfuss in einem sehr moderaten Rahmen auf 117% zu senken. Dies scheint aus unserer Sicht vertretbar, insbesondere auch als Zeichen gegenüber den städtischen Steuerzahlern. Wir sind überzeugt, dass dieser Steuerfuss auch in den nächsten Jahren im Sinne der Kontinuität gehalten werden kann.

Befriedigt nimmt die CVP zudem zur Kenntnis, dass die Investitionen auch für 2018 stetig budgetiert wurden und somit kein Stau zulasten kommender Generationen entstehen wird.

3580. 2017/313

Weisung vom 13.09.2017:

Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2018–2021

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 20. Dezember 2017 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

3589. 2017/311

Weisung vom 13.09.2017:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget)

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

1. a. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2018 wird genehmigt.
b. Die Produktegruppen-Globalbudgets für das Jahr 2018 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 24 206 300.– nach erfolgter Lohnrunde 2018 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2018 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
6. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2018 mit zwei Produktegruppen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2018, Entwurf des Stadtrats vom 13.09.2017
- Produktegruppen-Globalbudgets, Entwurf des Stadtrats vom 13.09.2017
- Novemberbrief vom 09.11.2017
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 04.12.2017
- Anträge der RPK vom 04.12.2017, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Walter Angst (AL)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 3581/2017–3588/2017)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Beschlüsse:

S. --	10 3092 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Personalwerbung			
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag
001.	Antrag Stadtrat		240 000	gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Minderheit Mehrheit
					Stimmen Präsident Walter Angst (AL) Referent Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
				Begründung:	Weniger Assessments, Stellenvermittlungsgebühren und Printausgaben; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3092 0000 Personalwerbung					GLP	
Weniger Assessments, Stellenvermittlungsgebühren und Printausgaben						
Insti- tution	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu	
2021	Liegenschaftsverwaltung	50 000	0	10 000	40 000	
2080	Organisation und Informatik	160 000	0	30 000	130 000	
2520	Stadtpolizei	629 400	0	50 000	579 400	
2550	Schutz und Rettung	30 000	0	10 000	20 000	
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	20 100	0	10 000	10 100	
3515	Tiefbauamt	270 000	0	20 000	250 000	
4540	Verkehrsbetriebe	782 700	0	80 000	702 700	
5510	Support Sozialdepartement	110 000	0	30 000	80 000	
	Total	2 052 200	0	240 000	1 812 200	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 114 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

S. --	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3101 0000	Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Minderheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
		361 000		Mehrheit	
		Begründung: Keine Reserven einplanen, bei Bedarf ZK stellen. Höhere Klickpreise teilweise kompensieren; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3101 Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten					GLP/FDP
Keine Reserven einplanen, bei Bedarf Zusatzkredit stellen, höhere Klickpreise teilweise kompensieren					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1070	Betreibungsämter	248 700	0	30 000	218 700
1501	Kultur	416 900	0	20 000	396 900
1505	Stadtentwicklung	90 000	0	25 000	65 000
1565	Stadtarchiv	30 000	0	10 000	20 000
2021	Liegenschaftenverwaltung	97 000	0	11 000	86 000
2520	Stadtpolizei	510 000	0	20 000	490 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	36 000	0	10 000	26 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	80 800	0	10 000	70 800
3515	Tiefbauamt	189 700	0	20 000	169 700
3535	ERZ, Abwasser	343 800	0	30 000	313 800
3550	ERZ, Abfall	424 500	0	20 000	404 500
3555	ERZ, Fernwärme	124 500	0	20 000	104 500
3560	ERZ, Stadtreinigung	132 200	0	20 000	112 200
4000	HBD Zentrale Verwaltung	305 000	0	30 000	275 000
4525	Wasserversorgung	249 000	0	30 000	219 000
5010	Schulamt	331 900	0	20 000	311 900
5063	Fachschule Viventa	82 400	0	10 000	72 400
5550	Soziale Dienste	455 000	0	15 000	440 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	176 800	0	10 000	166 800
	Total	4 324 200	0	361 000	3 963 200

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 113 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

3590. 2017/429**Postulat von Raphaël Tschanz (FDP) und Michael Baumer (FDP) vom 29.11.2017:
Detaillierte Erfassung der Druckkosten auf Stufe Organisationseinheit**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Raphaël Tschanz (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3537/2017).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 109 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

S. --	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3120 0000	Wasser, Energie und Heizmaterialien			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		3 263 200		Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
					Begründung: Zurück auf Budget 2017; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3120 0000 Wasser, Energie und Heizmaterialien					FDP
Zurück auf Budget 2017					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2026	Baulandreserven/Landreserven nicht Stadt	367 700	0	48 700	319 000
2027	Gewerbe-Immobilien	2 446 000	0	361 000	2 085 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	80 500	0	2 000	78 500
3535	ERZ, Abwasser	5 593 300	0	816 500	4 776 800
4540	Verkehrsbetriebe	20 833 300	0	567 500	20 265 800
3120 0100 Wasser, Energie und Heizung: Verwaltung					
4040	Immobilien Stadt Zürich	16 893 500	0	1 367 500	15 526 000
3120 0200 Wasser, Energie und Heizung: Schule					
4040	Immobilien Stadt Zürich	1 200 000	0	100 000	1 100 000
	Total	47 414 300	0	3 263 200	44 151 100

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

S. -- **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3170 0000 **Reise- und Spesenentschädigungen des Personals**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005. Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	180 700		Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Zurück auf Budget 2017; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3170 Reise- und Spesenentschädigungen des Personals					FDP	
Zurück auf Budget 2017						
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu	
1560	Statistik Stadt Zürich	18 000	0	3 000	15 000	
2015	Finanzverwaltung	29 800	6 000	6 000	29 800	
3535	ERZ, Abwasser	228 500	0	46 700	181 800	
3550	ERZ, Abfall	264 000	0	51 500	212 500	
3555	ERZ, Fernwärme	33 000	0	6 000	27 000	
4015	Amt für Städtebau	110 000	0	29 000	81 000	
5063	Fachschule Viventa	40 300	0	17 300	23 000	
	Total	723 600	6 000	159 500	570 100	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ZU.

S. -- **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3189 0000 **Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
006. Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf 2018 inkl. Nachtrag	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	3 511 300		Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Reduktion des budgetierten IT-Aufwands durch Priorisierung von Projekten. Für zwingende Projekte kann mit ZK I/2018 Kreditübetragung beantragt werden; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter					AL
Reduktion des budgetierten IT-Aufwands durch Priorisierung von Projekten. Für zwingende Projekte kann mit ZK I/2018 Kreditübertragung beantragt werden.					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1020	Stadtkanzlei	720 000	0	72 000	648 000
1560	Statistik Stadt Zürich	1 200 000	0	120 000	1 080 000
2021	Liegenschaftsverwaltung	1 477 000	0	147 700	1 329 300
2050	Human Resources Management	415 400	0	41 500	373 900
2080	Organisation und Informatik	26 533 900	0	1 326 700	25 207 200
2520	Stadtpolizei	2 777 000	0	277 700	2 499 300
2525	Stadtrichteramt	566 000	0	56 600	509 400
2550	Schutz und Rettung	2 348 000	0	234 800	2 113 200
3010	Städtische Gesundheitsdienste	540 000	0	54 000	486 000
3535	ERZ, Abwasser	1 240 000	0	124 000	1 116 000
3550	ERZ, Abfall	963 000	0	96 300	866 700
4000	HBD Zentrale Verwaltung	805 000	0	80 500	724 500
4015	Amt für Städtebau	495 000	0	49 500	445 500
5000	SSD Zentrale Verwaltung	2 900 000	0	290 000	2 610 000
5510	Support Sozialdepartement	1 350 000	0	230 000	1 120 000
3112 0000 Anschaffungen IT-Anlagen Hardware					
5510	Support Sozialdepartement	200 000	0	180 000	20 000
3113 0000 Anschaffungen IT-Anlagen Software					
5510	Support Sozialdepartement	350 000	0	130 000	220 000
Total		44 880 300	0	3 511 300	41 369 000

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

S. 102 **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
1020 **Stadtkanzlei**
3180 0000 **Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
007.	Antrag Stadtrat			355 000	Mehrheit
		55 000		300 000	Minderheit

Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Nur moderate Erhöhung, Priorisierung der Aufgaben

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

S. 108 10 1060 3010 0801		BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen				
	Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen		
008.	Antrag Stadtrat		0	Minderheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent	
		12 950 000	-12 950 000	Mehrheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)	
Begründung: Abzug der Hälfte Delta Personalaufwand zwischen Budget 2016 und Rechnung 2016						

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 115 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 179, Beschluss-Nr. 3589/2017).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3591. 2017/454 Schriftliche Anfrage von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Karin Meier-Bohrer (Grüne) vom 13.12.2017: Berufliche Anschlusslösungen für Jugendliche und junge Erwachsene, Zahlen zu den Festanstellungen nach Abschluss einer Lehre, eines Praktikums oder eines Berufserfahrungsjahres

Von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Karin Meier-Bohrer (Grüne) ist am 13. Dezember 2017 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Immer noch sind Jugendliche und junge Erwachsene besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Speziell schwierig ist es unmittelbar nach Abschluss einer Lehre oder eines Studiums. Bewerben sie sich, werden sie oft abgelehnt mit der Begründung, noch wenig Erfahrung zu haben. Schon in jungen Jahren keinen Platz in der Gesellschaft zu erhalten und nicht einmal seine eigene Existenz sichern zu können, wirkt sich sehr negativ auf die Entwicklung junger Menschen und auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus. Es ist deshalb zentral, allen jungen Menschen eine Erwerbs-Perspektive ermöglichen zu können.

Wir bitten deshalb den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen (auf drei Jahre zurück):

1. Wie viele PraktikantInnen erhielten nach Abschluss des Praktikums eine Lehrstelle oder eine Festanstellung bei der Stadt Zürich? Bitte um Auskunft über alle Departemente.
2. Wie viele Lernende erhielten nach Abschluss der Lehre eine Festanstellung bei der Stadt Zürich? Bitte um Auskunft über alle Departemente.
3. Die Stadtverwaltung bietet das Berufserfahrungsjahr an. Wie viele der Angemeldeten bekommen im Anschluss an das Berufserfahrungsjahr eine Festanstellung? Bitte um Auskunft über alle Departemente.
4. Was waren die Gründe, wenn im Anschluss keine Festanstellung angeboten wurde?

Mitteilung an den Stadtrat

3592. 2017/455

Schriftliche Anfrage von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Eva Hirsiger (Grüne) vom 13.12.2017:

Schleichverkehr auf der Pfarrhausstrasse in Altstetten, Möglichkeiten für eine Beschränkung des Verkehrs auf die Zubringerdienste

Von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Eva Hirsiger (Grüne) ist am 13. Dezember 2017 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Pfarrhausstrasse in Zürich-Altstetten führt über den Kirchenhügel und hätte ohne Verkehr eine sehr hohe Aufenthaltsqualität, die von den QuartierbewohnerInnen sehr geschätzt wird. Leider geht diese Qualität immer mehr verloren, weil die kleine Quartierstrasse zum Geheimtipp für AutofahrerInnen geworden ist. Der störende Schleichverkehr ist zurzeit wegen einer Baustelle besonders stark. Sie wird als Verbindung zwischen der Altstetterstrasse und der Spirgartenstrasse genutzt.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass sich an der Pfarrhausstrasse ein zunehmender Schleichverkehr eingestellt hat und was gedenkt er dagegen zu tun?
2. Kann sich der Stadtrat vorstellen, die Pfarrhausstrasse für den allgemeinen Durchgangsverkehr zu schliessen und nur noch für Zubringerdienste offen zu halten? Wenn nein, warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3593. 2017/292

Schriftliche Anfrage von Urs Fehr (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 30.08.2017: Fangewalt zwischen den Anhängern der städtischen Fussballclubs, Gründe für die vermehrten Übergriffe und Resultate der Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Fussballclubs sowie mögliche Massnahmen im Stadion

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 988 vom 29. November 2017).

3594. 2017/308

Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Reto Vogelbacher (CVP) vom 06.09.2017:

Zuteilung der Kinder in die Kindergärten und die Schulen durch die Schulpflegen, Entwicklung der Anzahl der Zuteilungs- und Wiedererwägungsgesuche sowie Möglichkeiten für alternative Zuteilungsmechanismen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 991 vom 29. November 2017).

3595. 2017/309

Schriftliche Anfrage von Elisabeth Liebi (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 06.09.2017:

Aufhebung des Handyverbots an der Volksschule, Zuständigkeit für diesen Entscheid und Gründe für die Aufhebung des Verbots sowie mögliche Massnahmen zur Unterbindung von unerwünschten Nebenerscheinungen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 990 vom 29. November 2017).

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2017, 17 Uhr.